



Richard Detje: Erste Ergebnisse der Betriebsratswahlen

Peter Müller: Strategische Betriebsräte bilden

Beiträge u.a. von Cornelia Hildebrandt, Barbara Herzig-Martens, Edmond Jäger, Bernd Riexinger, Claus-Jürgen Göpfert, Torsten Teichert, Mario Keßler, Erhard Korn

**Forum
Gewerkschaften**



Diesen Artikel stellen wir ohne Berechnung zum Kennenlernen und für die Bildungsarbeit zur Verfügung. Das Publikationsprojekt, zu dem die Website www.Sozialismus.de mit aktuellen Analysen gehört, braucht dringend Unterstützung, also neue Abonnent*innen und **Spenden**. Beides ist auf der Website möglich. Vielen Dank im voraus!

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf

www.Sozialismus.de

Frankreich: Kommunalwahlen

Trotz weltbewegender Ereignisse sagten drei Tage vor der Wahl nur 15% der Franzosen, dass ihre Wahlentscheidung davon abhängt, was national auf dem Spiel steht, 84% entscheiden sich »wegen der spezifischen Themen in ihrer Gemeinde«. Die nationale Karte war nur bei 40% der linkspopulistischen La France insoumise (LFI) die ausschlaggebende Dimension, denn es ging darum einen Fuß auf den Boden zu bekommen. Das ist in vielen größeren Städten mit Ergebnissen um die 12% gelungen. In der Fläche siegte der Rassemblement National. [...]

Volksrepublik China: 5-Jahr-Plan bis 2030 beschlossen

Wie jedes Jahr kamen Anfang März in Beijing die Delegierten des Nationalen Volkskongresses, des chinesischen Parlaments, und die Vertreter der Politischen Konsultativkonferenz, des obersten Beratungsgremiums des chinesischen Staates, zusammen. In der Konsultativkonferenz sind die KPCh und weitere acht Parteien, Organisationen wie der Gewerkschaftsbund, der Frauenverband sowie Vertreter aus gesellschaftlichen Sektoren und nationale Minderheiten repräsentiert. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und Leser:innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter

www.Sozialismus.de

Autokraten & Ultimativen

Edmond Jäger: Das System Orbán gegen die EU. Postkommunistischer Mafiastaat mit nationalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 2

Joachim Bischoff/Friedrich Steinfeld: Vom Energiekollaps zur Wirtschaftskrise Trumps Ultimativen an die Führung des Iran und die »Erschwinglichkeitskrise« . 8

Kräfteverhältnisse & Steuergelder

Bernd Riexinger: Grüne gewinnen auf den letzten Metern überraschend. Die Linke hat den Einzug in den Landtag Baden-Württembergs nicht geschafft . 14

Cornelia Hildebrandt: Sozialdemokraten verlieren ein weiteres Bundesland Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz 17

Claus-Jürgen Göpfert: Progressiver Aufbruch für Frankfurt? Möglich, aber unwahrscheinlich, denn SPD und Grüne setzen eher auf »Kenia« 22

Torsten Teichert: Die lange Geschichte des »kurzen Olaf« Wie Hamburgs rot-grüner Senat mit Steuergeldern umgeht 26

Armut & Reichtum

Bernhard Müller: Hat der Sozialstaat eine Zukunft? 30

Barbara Herzig-Martens: Gedanken zur Kinder- und Jugendarmut in Berlin .. 36

Bernhard Sander: Die französischen Superreichen und ihre Beschützer 40

Forum Gewerkschaften

Richard Detje: Wahlen im System autokratischer Herrschaft Ein erster Blick auf die Betriebsratswahlen 2026 45

Peter Müller: Das Heft in die Hand nehmen – statt getrieben zu werden Strategische Betriebsräte für erfolgreiche Interessenvertretung 48

Erinnerungen | Würdigung | Annotation

Christoph Lieber: Zeitdiagnostiker Habermas »dazu beizutragen, die stets drohenden Regressionen aufzuhalten« 54

Mario Keßler: Die Wahrheit war seine Stärke Zum Tod des russischen Historikers Roy Alexandrowitsch Medwedew 58

Erhard Korn: Marxist werden Zum 90. Geburtstag von Wolfgang Fritz Haug 60

Joachim Bischoff: Herausragender Beitrag zum »Marx-Projekt« Annotation zu David Harveys »Marx' Grundrisse« lesen« 62

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 63

Veranstaltungshinweise 64

Gerd Siebecke: »Father Mother Sister Brother« (Filmkritik) 65

Hat der Sozialstaat eine Zukunft?

von ■ Bernhard Müller



Foto: Archiv Sozialismus.de, KI generiert

Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, aber auch bei den Kommunalwahlen in Hessen und Bayern hat die sozialdemokratische Partei teils drastische Einbußen hinnehmen müssen, und steht damit vor einer der vielleicht größten »Ergebniskrisen ihrer 163 Jahre alten Geschichte. Nach 35 Jahren haben die Sozialdemokraten jetzt auch in Rheinland-Pfalz die Macht verloren. Selbst das rote München bekommt einen grünen Oberbürgermeister. Eine aktuelle Forsa-Umfrage weist für die Sozialdemokraten gerade noch 12% Zustimmung aus. Die Partei der »kleinen Leute«, wie sich sich selbst gern nennt, muss langsam aufpassen, nicht völlig zu verzwingen.«¹

Fragt man nach den Gründen, weisen die Umfragen zu und bei den aktuellen Wahlen aus, dass die Wähler*innen die Partei immer weniger als Repräsentantin von sozialer Gerechtigkeit wahrnehmen. In Rheinland-Pfalz sank die Zustimmung von 51% noch zu Beginn der 2000er-Jahre auf nur mehr 30% in 2026 (siehe Abb. 1), in Baden-Württemberg von 47% in 2001 auf nur mehr 20% heute.

2021 hatte Olaf Scholz die Bundestagswahlen mit dem Versprechen gewinnen können, dass er den Respekt vor der Lebensleistung der Lohnabhängigen und ihrer Familien in den

Mittelpunkt seiner Politik rücken wolle. Am Ende der Ampel-Koalition stand dann mit 16,4% das schlechteste Ergebnis der Sozialdemokratie bei einer Bundestagswahl.

Die Politik der schwarz-roten Bundesregierung war von Beginn der Legislaturperiode an konfrontiert mit einer stagnierenden Ökonomie, den Herausforderungen des Ukraine-Kriegs und der durch die Politik des wiedergewählten US-Präsidenten Trump aufgeklärten regelbasierten Weltordnung. Als eine Reaktion auf diese Herausforderungen haben die Arbeitgeber und Teile der CDU eine Kampagne gestartet, die auf Mehrarbeit und Reduktion der Leistungsansprüche der Lohnabhängigen setzte. Statt die drängenden wirtschaftlichen und strukturellen Probleme des Landes anzugehen, die letztlich auch auf demografische Trends zurückgehen (Stagnation in der Bevölkerungsentwicklung) werden durch die Forderung nach Erhöhung der Arbeitszeiten und Ausweitung der Leistungsanforderungen vor allem die Lohnabhängigen zum Sündenbock gemacht. Menschen krank zur Arbeit zu schicken oder von ihnen zu verlangen, später in Rente zu gehen etc. – das bringt keine Ausweitung von gesellschaftlicher Nachfrage oder auch neue Impulse in der Arbeitsproduktivität. Es ist eine Illusion, dass durch Kürzun-

gen von sozialstaatlichen Leistungen eine Expansion des Wirtschaftswachstums generiert wird. Die anhaltende Debatte um Einschnitte bei sozialen Errungenschaften ist respektlos und schäbig. Sie geht an der Lebensrealität der Lohnabhängigen vorbei und befördert nur gesellschaftliche Unzufriedenheit.

Die SPD hat dieser gesellschaftlichen Kampagne kaum Widerstand entgegengesetzt. Die sozialpolitischen Erfolge der SPD in der Bundesregierung sind schnell aufgezählt: eine zu geringe Erhöhung des Mindestlohns, die (vorläufige) Stabilisierung des Rentenniveaus bei 48% und das (abgeschwächte) Tariftreuegesetz. Bei der Verteidigung des Leistungsangebotes ging es für die Sozialdemokratie zuletzt um die Rückabwicklung des Bürgergelds in die alte (und repressivere) Grundsicherung. Dies offensichtlich aus dem Kalkül heraus, dass auch Teile der eigenen Wähler*innenklientel das Vorurteil von den faulen Bürgergeldempfänger*innen pflegen. Sozialpolitisches Profil hat sie damit nicht gewonnen.

Die überlieferten sozialstaatlichen Leistungen konzentrieren sich auf eine Modifikation der kapitalistischen Verteilungsprozesse, wie sie sich in der Nachkriegszeit herausgebildet haben. Schwerpunkte sind Altersrente, Mindestlohn, Gesundheitspolitik, Pflege und Bildung. Der Modus zur Finanzierung einer auf sozialen Ausgleich gerichteten Verteilungspolitik stößt aber wegen der demografischen Entwicklung und den Erfordernissen der sozial-ökologischen Transformation an seine Grenzen. Die Ausgestaltung der Lebensverhältnisse der Lohnabhängigen und ihrer Familien erfordert immer mehr Ressourcen, die mit der bisherigen Verteilungsstruktur nicht aufzubringen sind. Dies zeigt sich in den großen Schief- und Mängellagen z.B. beim Wohnen, wo die Mieten für viele Bürger*innen nicht mehr leistbar, oder bei den Pflegekosten, die aus den Lohn- und Alterseinkommen kaum mehr aufzubringen sind. Auch die aktuellen Pläne der Bundesregierung, die Beitragsfreiheit für Familienmitglieder in der Krankenversicherung abzuschaffen, ordnen sich hier ein. Gleichzeitig erreicht die Reichtumsakkumulation bei den Oberschichten immer neue Rekordwerte.

Die Kommission der Bundesregierung zur Sozialstaatsreform hat im Januar Empfehlungen vorgelegt. Unter anderem soll demnach die künftige Grundsicherung mit dem Wohngeld und dem Kinderzuschlag zusammengelegt werden. Sozialleistungen sollen schneller und unkomplizierter zugänglich werden. So soll etwa das Kindergeld künftig automatisch nach der Geburt ausgezahlt werden. Für alle Sozialleistungen soll ein digitales Portal geschaffen werden und die Zuständigkeit künftig bei zwei statt vier Behörden liegen.

All diese Maßnahmen sind sicherlich sinnvoll und erleichtern das Leben der Bürger*innen. Doch an den entscheidenden sozialstaatlichen Schief- und Mängellagen etwa beim Wohnen und in der Pflege, wo 37% der Heimbewohner*innen auf Sozialhilfe angewiesen sind, ändern sie nichts. Um die asymmetrische Verteilungslogik zu durchbrechen und zu einer Neujustierung des Sozialstaats zu kommen, ist eine Reformagenda erforderlich, die auf eine qualitative Ausweitung von sozialen Leistungen gerichtet sein muss. Neben der Einbeziehung der höheren Einkommen sowie der Vermögensbestände in die Finanzierung des Gemeinwesens geht es dabei vor allem auch um die Verbreiterung der Einnahmehasis der Sozialversicherungssysteme.

Abb. 1: Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 2026. »Die SPD sorgt am ehesten für soziale Gerechtigkeit«, Angaben in % (22.3.2026)

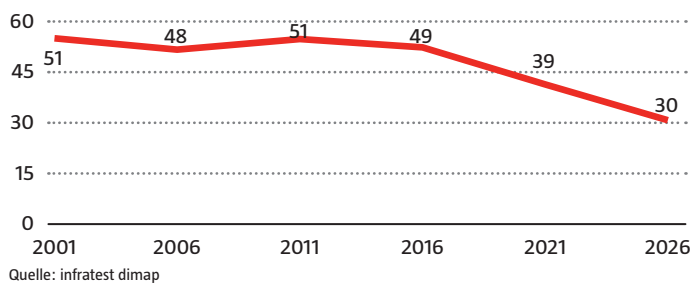


Abb. 2: Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 2026. Ansichten über die SPD, Angaben in % (22.3.2026)



So wie der alte sozialstaatliche Verteilungskompromiss von den Lohnabhängigen und ihren zivilgesellschaftlichen und politischen Organisationen erkämpft werden musste, wird auch die neue Verteilungsstruktur nur in harten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen errungen werden können. Einen Aufbruch bei der Sozialdemokratie kann es deshalb nur dann geben, wenn sie diese notwendige Veränderung der sozialstaatlichen Strukturen ins Zentrum ihrer aktuellen Politik sowie des neuen Grundsatzprogramms stellt.²

Bernhard Müller ist Redakteur von Sozialismus.de.

¹ Georg Ismar/Christoph Koopmann/Kathrin Wiesel-Lancé: Liebling, wir haben die SPD geschrumpft, in: Süddeutsche Zeitung vom 23.3.2026.

² Die jetzt vom SPD-Vorsitzenden und Finanzminister Lars Klingbeil angekündigte »Reform« agenda zeigt allerdings, dass der von den Konservativen und Arbeitgeberverbänden ausgehende Druck auf die Lohnabhängigen und ihre Lebensverhältnisse bei der Sozialdemokratie Wirkung zeigt. Alte Gewohnheiten müssten aufgegeben und Blockaden aufgelöst werden, sagte Klingbeil bei einer Veranstaltung der Bertelsmann-Stiftung in Berlin. »2026 wird uns Mut abverlangen. Deutschland braucht grundlegende Reformen.« Die Bürger*innen müssten zukünftig wieder mehr arbeiten, ließ er wissen. Und er will den Kündigungsschutz lockern sowie die Rentenauszahlung an Beitragsjahre knüpfen. Was das im Einzelnen konkret bedeutet, werden die weiteren Verhandlungen in der Koalition zeigen.

Der Mythos vom »arbeitsunwilligen Arbeitslosen«

Die Figur des »arbeitsunwilligen Arbeitslosen« gehört zu den hartnäckigsten Mythen der sozialpolitischen Debatte – und sie erlebt derzeit eine bemerkenswerte Renaissance. In der Debatte um die Abschaffung des Bürgergeldes stand zum Beispiel nicht mehr die Frage im Mittelpunkt, wie Armut wirksam bekämpft werden kann, sondern wie vermeintliche Fehlanreize durch angeblich zu hohes Bürgergeld beseitigt und Missbrauch verhindert werden können.

Die dieser Debatte zugrundeliegenden Annahmen sind kaum haltbar. Erstens lohnt sich Erwerbsarbeit immer: Wer zum Mindestlohn arbeitet, hat – unabhängig von der Familienkonstellation – mehr Einkommen als im Bürgergeldbezug. Zweitens ist die Gruppe der »Totalverweigerer« verschwindend klein. Dennoch prägt genau dieses Zerrbild die politische Debatte und legitimiert Forderungen nach härteren Sanktionen.

Sanktionen haben jedoch oft nachteilige Folgen, weil sie zu einer Erhöhung des Drucks im gesamten System und somit zu Anstieg psychischer Belastungen führen – auch bei jenen Bürgergeldbezieher*innen, die gar nicht von Sanktionen betroffen sind. Sanktionen mögen kurzfristig die Übergangsrate in Beschäftigung erhöhen – oft durch stärkeren Druck auf Betroffene – gleichzeitig verschlechtern sie aber die Beschäftigungsqualität, erhöhen materielle Deprivation und gefährden die nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt.

Während über strengere Regeln gestritten wird, verschärft sich die soziale Lage vieler Menschen. Armut und Einkommensungleichheit haben neue Höchststände erreicht, wie der aktuelle WSI-Verteilungsbericht zeigt. Auch die Kinderarmut hat zuletzt spürbar zugenommen – mit gravierenden Folgen für Bildungschancen, Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe.

Die Fixierung auf »faule Arbeitslose« verstellt also vor allem den Blick auf die eigentlichen Probleme: Wer den Sozialstaat stärken will, sollte nicht Mythen pflegen, sondern soziale Ungleichheit bekämpfen.

Stigmatisierung als sozialpolitischer Nebeneffekt³

Die Erzählung vom »arbeitsunwilligen Arbeitslosen« bleibt nicht folgenlos. Empirische Studien zeigen, dass Leistungsbeziehende in hohem Maße Stigmatisierung, Scham und soziale Abwertung erfahren. Viele internalisieren das negative Bild, ziehen sich zurück oder grenzen sich von »anderen« Erwerbslosen ab – ein psychologischer Schutzmechanismus.

Diese Dynamik hat eine doppelte Wirkung: Sie belastet die Betroffenen psychisch und sozial. Sie wirkt zugleich disziplinierend auf Erwerbstätige, die aus Angst vor sozialem Abstieg prekäre Arbeitsbedingungen akzeptieren.

Damit reicht die Wirkung des Mythos weit über den Kreis der Leistungsbeziehenden hinaus. Er vertieft gesellschaftliche Spaltung, indem er soziale Risiken individualisiert, Solidarität untergräbt und eine Trennlinie zwischen »leistenden« und »nicht-leistenden« Gruppen zieht. Erwerbslosigkeit erscheint so nicht mehr als kollektives Risiko, sondern als moralisches Fehlverhalten – mit der Folge wachsender Entsolidarisierung. Mit der beschlossenen Reform der Grundsicherung werden er-

neut bekannte Muster sichtbar: »Auch hier wurde der Mythos vom »arbeitsunwilligen Arbeitslosen« herangezogen, um eine stärkere Betonung von Kontrolle und Sanktionen zu legitimieren. Die Forschung zeigt jedoch, dass der Anteil sogenannter Totalverweigerer verschwindend gering ist. Entsprechend wenige Menschen dürften durch strengere Sanktionen tatsächlich dazu bewegt werden, eine Arbeit aufzunehmen. Gleichzeitig steigt die Gefahr, dass die »falschen« Personen betroffen sind – etwa Menschen mit bislang nicht erkannten oder dokumentierten psychischen Erkrankungen.

Auch die neuen Regelungen zu den Wohnkosten könnten die Unsicherheit unter Leistungsbeziehenden erhöhen und das Risiko von Wohnungslosigkeit verstärken. Diese Verunsicherung schafft jedoch keine zusätzlichen Arbeitsplätze für Menschen mit Vermittlungshemmnissen, sondern kann erhebliche soziale Härten verursachen – etwa für Familien, Alleinerziehende oder ältere Leistungsbeziehende.

Damit wird genau das verfehlt, was eine wirksame Arbeitsmarktpolitik leisten müsste. Erforderlich wäre stattdessen eine differenzierte Anerkennung der heterogenen Lebenslagen von Leistungsbeziehenden. Dazu gehören insbesondere:

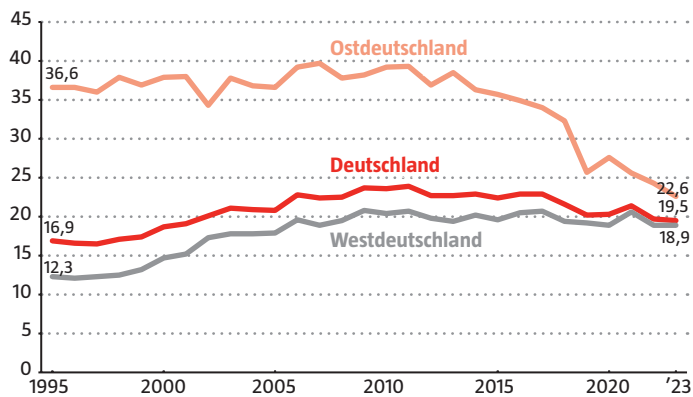
- ein Ausbau von Qualifizierung und Weiterbildung, gerade für Geringqualifizierte,
- bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Sorgearbeit, etwa durch den Ausbau verlässlicher und bedarfsgerechter Kinderbetreuungsangebote sowie flexiblere Förder- und Vermittlungsstrategien für Alleinerziehende,
- eine realistischere Erfassung gesundheitlicher Erwerbseinschränkungen, etwa durch eine frühzeitigere und systematischere Einbindung medizinischer und rehabilitativer Fachdienste sowie eine kritischere Prüfung des Erwerbsfähigkeitsbegriffs, um Personen mit erheblich eingeschränkter Leistungsfähigkeit nicht dauerhaft im aktivierungsorientierten System des SGB II zu halten, sondern ihnen angemessene Sicherungs- und Unterstützungsformen zu eröffnen, z.B. im Rahmen der Erwerbsunfähigkeitsrenten oder – für bestimmte Gruppen – auch geschützte Beschäftigungsformen jenseits des regulären Arbeitsmarkts, etwa im Rahmen des sozialen Arbeitsmarkts mit öffentlich geförderter, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung für Personen mit geringen Vermittlungschancen.«⁴

Baustelle Niedriglohnsektor⁵

Im Jahr 2023 arbeitete etwa jede*r Fünfte abhängig Beschäftigte in Deutschland (19,5%) im Niedriglohnsektor. Das entspricht ca. 7,2 Mio. Menschen. In Ostdeutschland lag der Anteil der Beschäftigten mit Niedriglöhnen im Jahr 2023 bei 22,6%, während in Westdeutschland der Niedriglohnanteil demgegenüber 18,9% betrug. Als Niedriglöhne gelten Bruttoarbeitsentgelte in der Stunde, die niedriger liegen als zwei Drittel des mittleren Stundenlohnes (Median). Demnach lag die Niedriglohnschwelle in Deutschland im Jahr 2023 bei 14,18 Euro. Im europäischen Vergleich weist Deutschland einen der größten Niedriglohnsektoren auf (letztes Vergleichsjahr 2022).

Zwischen den Jahren 1995 und 2011 ist die Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland von 16,9% bis auf 23,9% angestie-

Abb. 3: Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland 1995–2023, in % der abhängig Beschäftigten



Quelle: IAQ, Sozialpolitik Aktuell

gen (siehe Abb. 3), was vor allem auf eine deutliche Zunahme geringer Stundenlöhne in Westdeutschland zurückzuführen ist. Das Niedriglohnrisiko ist in Westdeutschland in diesem Zeitraum von 12,3% auf 20,7% gestiegen. In den folgenden Jahren schwankten die Werte, jedoch ist als Trend ein leichter Rückgang zu erkennen. In Ostdeutschland schwankte das Niedriglohnrisiko zwischen den Jahren 1995 bis 2011 auf deutlich höherem Niveau zwischen 34,3% und 39,7%. Danach setzt in Ostdeutschland ein starker Rückgang ein. Insbesondere vom Jahr 2018 auf 2019 sank das Niedriglohnrisiko von 32,3% auf 25,7% (-6,6 Prozentpunkte) besonders deutlich. Seit dem Jahr 2019 hat sich die Entwicklung zunächst stabilisiert. Im Jahr 2022 ist ein deutlicher Rückgang des Niedriglohnrisikos zu erkennen, was mit der Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf zwölf Euro zusammenhängen dürfte.

Ein besonders hohes Risiko, nur einen Niedriglohn zu erhalten, haben Lohnabhängige in prekären Beschäftigungsverhältnissen wie befristete Beschäftigte und Minijobber*innen, aber auch Menschen ohne Berufsausbildung und Migrant*innen ohne deutsche Pass. Nichtsdestotrotz sind immerhin etwa drei

Viertel der Niedriglohnbeschäftigten unbefristet beschäftigt und weisen mindestens eine Berufsausbildung auf.

Für den lange andauernden Anstieg sind mehrere Faktoren verantwortlich, so vor allem die Deregulierung von Produktmärkten, die Ausweitung des durch Kleinbetriebe dominierten Dienstleistungssektors, die schwindende Durchsetzungsmacht von Gewerkschaften und Betriebsrät*innen und die Erosion der Tarifbindung. Die Ausweitung von Niedriglöhnen ist zudem durch die sog. Hartz-Reformen verstärkt und beschleunigt worden. Der Druck, eine Arbeit zu schlechtesten Konditionen anzunehmen, ist gestiegen – vor allem im Bereich atypischer und prekärer Beschäftigungsverhältnisse (Leiharbeit, befristete Beschäftigung, Teilzeitarbeit, Minijobs), in denen Niedriglöhne stark verbreitet sind.

Für den Rückgang des Niedriglohnanteils in den letzten Jahren spielten insbesondere zwei Aspekte eine Rolle: Die Einführung des Mindestlohns im Jahr 2015 sowie die Entwicklungen im Bereich der tariflichen Verdienste. Bereits vor der Einführung des Mindestlohns sind seit 2013 die Stundenlöhne am unteren Rand des Lohnspektrums überdurchschnittlich gestiegen.

Ein Teil der Betriebe nahm die Mindestlohneinführung zum Anlass, die untersten Stundenlöhne der Beschäftigten teils im Vorfeld auf das oder knapp über das Niveau des Mindestlohns anzuheben. Zum deutlichen Rückgang der Niedriglohnbeschäftigung in Ostdeutschland hat zudem beigetragen, dass in den meisten Branchen die zuvor unterschiedlich hohen tariflichen Verdienste in West- und Ostdeutschland inzwischen angeglichen worden sind. Insgesamt zeigt sich so eine Lohnangleichung – wenn auch nicht Gleichstellung – zwischen Ost- und Westdeutschland. Allerdings arbeitet auch im Jahr 2023 immer noch ein deutlich höherer Anteil der Beschäftigten in Ostdeutsch-

³ Die folgende Darstellung stützt sich auf: René Böhme/Irene Dingeldey, Mythos der Sozialpolitik: Die Rückkehr des »arbeitsunwilligen Arbeitslosen«, WSI – Work On Progress Blog, 9.3.2026.

⁴ Ebd.

⁵ Siehe zum Folgenden Thorsten Kalina, Niedriglohnbeschäftigung 2023 – Hohes Armutsrisiko unter Niedriglohnbeziehenden. IAQ-Report 3/2026. Siehe dazu auch Sozialpolitik aktuell, abbbIII32.

VSA: Sozialstaat verteidigen, Armut abschaffen!

Im Buchhandel oder direkt bei:
VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6,
20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de
www.vsa-verlag.de



Joachim Rock
Armut? Abschaffen!

Wege zur Überwindung von Ausgrenzung in einem reichen Land | Fakten, Hintergründe, Vorschläge | 160 Seiten | € 14.80
ISBN 978-3-96488-249-3

Armut ist mitten unter uns, sie wächst und die Armen werden immer ärmer. In einem der reichsten Länder der Welt ist sie für immer mehr Menschen ein riesiges Problem. Um das zu ändern, müssen die Fakten ungeschminkt auf den Tisch. Eine Gesellschaft frei von Armut ist möglich und dringend erforderlich. Joachim Rock liefert Fakten, klärt Zusammenhänge auf und macht konkrete Alternativen deutlich.

land für einen Stundenlohn unterhalb von 14,18 Euro brutto pro Stunde als in Westdeutschland.

Von einem gesetzlichen Mindestlohn allein ist nicht zu erwarten, dass der Umfang des Niedriglohnssektors zurückgeht, solange der gesetzliche Mindestlohn deutlich unterhalb der Niedriglohnschwelle liegt. Die Höhe der Tarifbindung hat einen deutlich stärkeren Einfluss auf den Umfang der Niedriglohnbeschäftigung hat als die Existenz und Höhe eines gesetzlichen Mindestlohns.

Hintergrund ist, dass durch Tarifverträge »Ripple-Effekte« auftreten können, d.h. zur Wahrung des Abstandes des gesetzlichen Mindestlohnes zu den unterschiedlichen Tariflohngruppen erhöht ein Teil der Betriebe auch die Tariflöhne oberhalb des Mindestlohns, wenn dieser angehoben wird. Somit muss zur Reduzierung des Niedriglohnssektors sowohl bei der Erhöhung und Durchsetzung des Mindestlohns als auch bei der Stärkung der Tarifbindung angesetzt werden. Zwar war das Mindestlohngesetz in Deutschland Teil eines umfassenderen Gesetzespaketes zur Stärkung der Tarifautonomie (»Tarifautonomiestärkungsgesetz«), bislang ist es aber nicht gelungen, die Tarifbindung (wieder) zu erhöhen. Mit der deutlichen Erhöhung des Mindestlohns zum Oktober 2022 hat sich der Abstand zwischen Mindestlohn und Niedriglohnschwelle verringert und der Niedriglohnsektor ist auf 19,5% im Jahr 2023 in Deutschland insgesamt geschrumpft. Damit ist er aber immer noch deutlich größer als etwa in Frankreich mit 9,7% oder in Finnland mit 6,5%. Und die 2024 verabredete Anhebung des Mindestlohns auf 14,60 Euro ab Januar 2027 ist keineswegs ausreichend um den Niedriglohnsektor weiter schrumpfen zu lassen. Zudem sind weitere Schritte zur Stärkung der Tarifbindung nicht geplant.

Reformagenda?

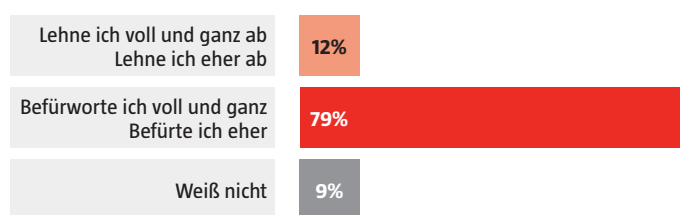
Schwarz-Rot hat sich vorgenommen in den kommenden Monaten für Wiederbelebung der Wirtschaft und zentrale sozialstaatlichen Bereiche (Krankenversicherung, Pflege, Rente) »Reformen« auf den Weg zu bringen und auch das Problem der Staatsverschuldung anzugehen (Haushalt 2027). Bei diesem Kraftakt droht die soziale Schieflage in der Berliner Republik noch weiter verschärft zu werden. Um Schlimmeres zu verhindern, haben die Gewerkschaften und Sozialverbände im Vorfeld der Bundesregierung eine Agenda mit auf den Weg gegeben.⁶ Zudem zeigen Umfragen hohe Zustimmungswerte für einen leistungsfähigen Sozialstaat (siehe Abb. 4).

»In Wahrheit ist ein gut ausgebauter Sozialstaat unverzichtbar und wir können ihn uns auch in Zukunft leisten. Wir sind eines der reichsten Länder der Welt. Die Ressourcen sind vorhanden. Sie sind lediglich falsch verteilt. Die Finanzierung des Sozialstaates muss auf breite Schultern gestellt werden. Wer mehr hat, kann auch mehr beitragen.

Dabei geht es keinesfalls um eine Verteidigung des Status quo. Um den Sozialstaat für uns alle und auch für die kommenden Generationen zukunftsfest zu machen, muss er ausgebaut und verbessert werden. Wer will, dass Menschen die bevorstehenden wirtschaftlichen und ökologischen Umbruchprozesse aktiv mitgestalten, statt sich ihnen entgegenzustellen, der muss für mehr und nicht für weniger Sozialstaat sorgen.

Abb. 4.: Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu

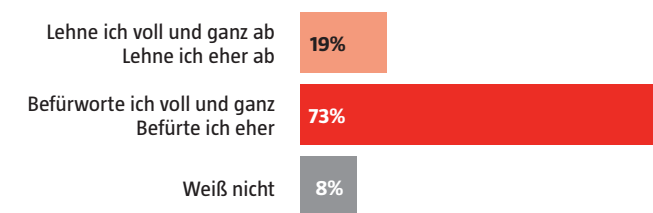
Ein leistungsfähiger Sozialstaat verbessert den Zusammenhalt in der Gesellschaft.



Quelle: YouGov Omnibus Politik, Wohnbevölkerung ab 18 Jahren, 22.02.2026

Abb. 5.: Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu

Menschen mit sehr hohen Vermögen sollten zur Finanzierung des Sozialstaats stärker als bisher herangezogen werden.



Quelle: YouGov Omnibus Politik, Wohnbevölkerung ab 18 Jahren, 23.02.2026

Dies ist ein klarer Auftrag an die Politik: Wenn die Interessen und Bedürfnisse von immer mehr Menschen nicht vertreten werden, verlieren sie das Vertrauen in eine gute Zukunft. Die Menschen wenden sich von der Politik und den öffentlichen Institutionen ab, sie fühlen sich alleingelassen, abgehängt, nicht wertgeschätzt und nicht wahrgenommen. Es profitieren rechts-extreme Populisten und autoritäre Kräfte. Diese Entwicklung gefährdet nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern unsere Demokratie.«⁷

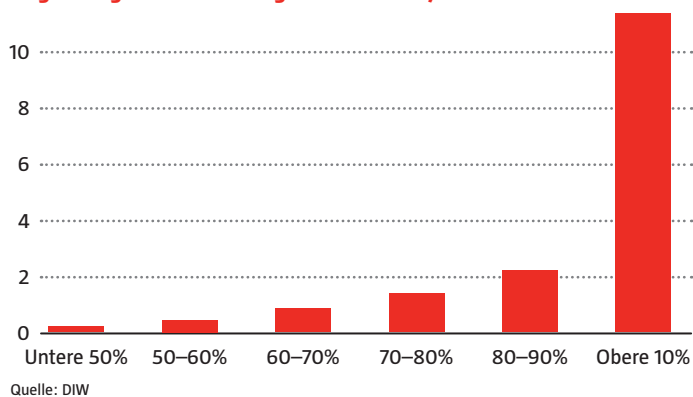
Vermögens- oder Reichensteuer

Klar ist, dass es vor dem Hintergrund einer stagnierenden Ökonomie (die durch Trumps Iran-Krieg noch weiter stärker beschädigt zu werden droht) und hoher Staatsverschuldung für eine sozial-ökologische Transformation und den Umbau und die Stärkung des Sozialstaats erheblicher finanzieller Mittel bedarf. Bildung, Innovation, Klimaschutz, Infrastruktur und sozialer Zusammenhalt erfordern Milliarden. Gleichzeitig schrumpft der Spielraum des Staates – Schuldenbremse und demografischer Wandel begrenzen den Handlungsspielraum. Schon in den kommenden Jahren droht der Bundesregierung eine Haushalts-lücke von 30 Mrd. Euro und mehr pro Jahr.

Vor diesem Hintergrund ist die Forderung nach einer Wiedereinführung der Vermögensteuer mehr als gerecht (siehe auch Abb. 5): Vermögen sind in Deutschland stark konzentriert und in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gewachsen.

Um das Potenzial einer solchen Steuer zu beziffern, hat die Linke Steuerexperten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)⁸ mit einer Studie dazu beauftragt, ihre Vorschläge für eine Vermögenssteuer durchzurechnen. Das Steueraufkommen würde demnach bei einem einheitlichen Steuersatz

Abb. 6: Höhe des privaten Nettovermögens nach Zugehörigkeit zu Vermögensschichten, in Bill. €



von einem Prozent auf Vermögen ab einer Million Euro theoretisch bei 42 Mrd. Euro pro Jahr liegen. Bei einem stark progressiven Steuertarif, der hohe Vermögen mit steigenden Steuersätzen belastet, wie ihn die Linke fordert, wären es sogar bis zu 147 Mrd. Euro.

Das DIW schätzt das Gesamtvermögen hierzulande auf 16,5 Bio. Euro. Mehr als ein Drittel davon besitzt demnach das reichste Prozent der Bevölkerung. Auf das reichste Zehntel entfallen sogar rund zwei Drittel des gesamten Vermögens (siehe Abb. 6).

Allerdings hängt das tatsächliche Steueraufkommen entscheidend davon ab, wie die Betroffenen auf die Steuer reagieren. So könnten Steuerpflichtige versuchen, Vermögen zu verbergen oder die Besteuerung zu vermeiden, etwa indem sie Privatvermögen in Betriebsvermögen umwandeln oder an Familienmitglieder übertragen. Für Erbschaften und Schenkungen gelten in Deutschland schließlich großzügige Freibeträge.

Steuerpflichtige könnten weniger sparen und investieren, wenn es eine Vermögensteuer gäbe. Die Vermögen würden dann langsamer wachsen und das Steueraufkommen geringer ausfallen als erwartet. Wird weniger investiert, drohen zudem geringere Einnahmen aus Gewerbe- oder Körperschaftsteuer. Steuerpflichtige könnten außerdem Vermögen ins Ausland verlagern, um einer Besteuerung zu entgehen. Vor allem für Superreiche, die von dem Vorschlag der Linken am stärksten betroffen wären, könnte Deutschland an Attraktivität verlieren, befürchten die Autoren der Studie.

Um dies zu verhindern, schlagen die DIW-Forscher verschiedene Maßnahmen vor. Demnach sollte Auslandsvermögen vollständig einbezogen werden. Analog zur Erbschaftsteuer könnte es auch sinnvoll sein, die Steuerpflicht bei Wegzug um fünf Jahre zu verlängern. Außerdem könne der Informationsaustausch mit ausländischen Behörden, Finanzdienstleistern und anderen Institutionen verbessert werden, um Steuerflucht zu bekämpfen. So ließen sich mögliche Anpassungsreaktionen und die damit einhergehenden Steuerverluste langfristig deutlich begrenzen, heißt es.

Der französische Ökonom Gabriel Zucman hat vorgeschlagen statt einer Vermögenssteuer eine Mindeststeuer von 2% des Vermögens für Milliardäre einzuführen, und dabei »überaus reiche Personen« zu definieren als solche, deren Vermögen 100 Milli-

arden Dollar und mehr beträgt. Nach meiner Schätzung könnte eine solche Maßnahme weltweit jährlich 300 bis 380 Milliarden Dollar an Steuereinnahmen generieren – auf europäischer Ebene 67 Milliarden Euro.«⁹ Nach Stefan Bach würde eine solche Mindeststeuer für Menschen, die mehr als 100 Mio. Euro besitzen, dem Staat in der Berliner Republik 17 Mrd. Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen bringen. Dazu bedarf es auch entsprechender Maßnahmen und andere Ausweichreaktionen, um Steuerflucht zu verhindern.

DIW-Chef Fratscher¹⁰ hält indes wegen der Umgehungsmöglichkeiten bei der Vermögenssteuer und der Belastung der Unternehmen in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten eine andere Variante für sinnvoller: Wie in anderen Ländern auch setzt er auf eine konsequente Besteuerung von Immobilien über die Grundsteuer sowie auf die Besteuerung von Immobiliengewinnen, weitgehend ohne Ausnahmen.

»Immobilien können nicht einfach ins Ausland verlagert werden. Eine starke, regelmäßig aktualisierte Grundsteuer sowie eine konsequente Besteuerung von Wertsteigerungen bei Immobilien würden stabile Einnahmen generieren, ohne Kapitalflucht auszulösen. Gleichzeitig würden sie spekulative Anreize im Immobilienmarkt dämpfen und zur effizienteren Nutzung von Boden und Immobilien beitragen – ein knappes Gut, insbesondere in Städten.«

Egal aber ob Vermögens-, Reichen- oder Immobiliensteuer, Deutschland und Europa brauchen zusätzliche finanzielle Mittel um ihre Ökonomien zu stabilisieren, die sozial-ökologische Transformation zu forcieren und eine sozial gerechte Ausgestaltung sozialstaatlicher Strukturen auf den Weg zu bringen. Daneben geht es aber auch um eine Verbreiterung der Einnahmehasis der Sozialversicherungssysteme. Die zaghaften Versuche der Sozialdemokratie, Besserverdienende und Vermögende stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens herauszuziehen sind bisher – wie auch andere sozialpolitische Initiativen – beim Koalitionspartner auf taube Ohren gestoßen. Ob sich das zukünftig ändern wird, und die SPD so ihr »Respekt«-Profil wieder stärken kann, bleibt abzuwarten. Gelingt das nicht, droht schon im Herbst die nächste Wähler*innenpleite.

⁶ Sozialstaatsbündnis, Gemeinsam für einen starken und zukunftssicheren Sozialstaat, 10. März 2026. Gerechtigkeit statt Spaltung. Gemeinsame Erklärung der Gewerkschaften zur Debatte um Wirtschaft und Sozialstaat, 6. Februar 2026.

⁷ Frank Werneke/Eva Maria Welskopf-Deffaa/Verena Bentele/Verena Graichen: 20 Millionen Stimmen fordern einen gerechten Sozialstaat, ver.di online.

⁸ Stefan Bach/Florian Wichers/Tony Mudrack, Vermögensteuer Die Linke – Aufkommens- und Verteilungswirkungen, DIW Berlin: Politikberatung kompakt 211.

⁹ Gabriel Zucman, Reichensteuer. Aber richtig!, Berlin 2026, S. 43. Ein sehr empfehlenswertes Buch, das eine Einführung zum Thema bietet. Siehe dazu auch »Wir stehen am Wendepunkt«, Interview mit Gariel Zucmann in der WOZ Nr. 3, 15. Januar 2026.

¹⁰ Marcel Fratscher, Es gibt bessere Wege, Vermögen zu besteuern, Blog Marcel Fratzscher vom 16. März 2026.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte Buchprämie Russland Streik Luxemburg
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte Buchprämie Russland Streik Luxemburg
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

